



Die Initianten mussten einen Kredit von 400 000 Franken aufnehmen: Aktion mit Fünfräplern auf dem Bundesplatz.

Raub in vollendeter Form

Die Initiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» ist definitiv zustande gekommen. Die finanziellen und gesellschaftlichen Umwälzungen wären gewaltig.

Von Samuel Hofmann

Es ist nicht bekannt, ob den Initianten des Volksbegehrens «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» die Ironie bewusst war, als sie am 4. Oktober die beeindruckende Anzahl von acht Millionen Fünfräplern auf den Bundesplatz schütteten. Für die Aktion musste das hauptsächlich aus Kulturschaffenden bestehende Initiativkomitee einen Kredit von 400 000 Franken aufnehmen. Sprich: sich verschulden. Dagegen werden die Promotoren nicht müde, die Finanzierbarkeit ihres Anliegens zu betonen, das Geld sei ja vorhanden.

Die Volksinitiative versteht sich als «Kulturimpuls» und verlangt, dass der Bund ein garantiertes Grundeinkommen für die ganze Bevölkerung einführt – inklusive Zugewanderte. Dies soll in den schöngeistigen Worten der Initianten «ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben» ermöglichen. Die selbsternannten Freiheits-

kämpfer wollen den Menschen vom «Zwang zur Arbeit» erlösen, der Gesellschaft einen «Kreativitätsschub» geben und «die Musse, wahrzunehmen, worum es eigentlich geht».

206 Milliarden Franken

Konkret schlagen die Promotoren ein monatliches Grundeinkommen von 2500 Franken für Erwachsene und 625 Franken für Kinder vor. Rechnet man das für die aktuelle Bevölkerung aus, resultiert ein jährlicher Gesamtbetrag von ungefähr 206 Milliarden Franken. Schon die reine Summe sollte klarmachen, dass es schlicht um eine weitere gigantische Umverteilungsrunde und nicht um eine liberale Systemvereinfachung geht. Zum Vergleich: Alle Ausgaben von Bund, Kantonen, Gemeinden und öffentlichen Sozialversicherungen betragen aktuell etwa 197 Milliarden Franken pro Jahr, davon fliessen 75 Milliarden Franken in die so-

ziale Sicherheit. Nicht mitgezählt sind hier privat finanzierte Einrichtungen wie die Krankenkassen oder die berufliche Vorsorge.

Mit dem Grundeinkommen könnten zwar einige der bisherigen Sozialleistungen ersetzt werden, namentlich die Renten von AHV und IV, wo die Maximalrente 2340 Franken im Monat beträgt. Doch dürften viele Verwaltungskosten des heutigen Systems weiterhin anfallen. Alle Sozialleistungen, die über ein monatliches Einkommen von 2500 Franken hinausgehen, wollen die Initianten selbstredend beibehalten. Maximal 62 Milliarden Franken an bisherigen Leistungen können durch das Grundeinkommen gemäss Berechnungen von Economiesuisse ersetzt werden. Der zusätzliche Finanzierungsbedarf beträgt somit im besten Fall immer noch 144 Milliarden Franken pro Jahr. Diesen Betrag wollen die Initianten vor allem über die Konsumsteuer

einbringen. Ein Prozent Mehrwertsteuer generiert zurzeit rund drei Milliarden Franken Bundeseinnahmen. Der Mehrwertsteuersatz müsste also auf etwa 55 Prozent angehoben werden. Wenn dann, wie anzunehmen ist, der Konsum sinkt, ist ein noch höherer Satz fällig. Die Kaufkraft der Schweizer würde sich massiv verschlechtern. Wallfahrtsorte des Einkaufstourismus wie Konstanz könnten sich dagegen freuen.

Für die Befürworter ist alles nur ein Nullsummenspiel, weil dann im Gegenzug die Löhne und schliesslich auch die Preise (vor der Mehrwertsteuer) gesenkt werden könnten. Wenn jemand heute also 4500 Franken verdiene, erhalte er nachher einfach nur noch 2000 Franken als Arbeitslohn und dafür 2500 Franken Grundeinkommen. Was einer vereinfachten Darstellung entspricht, wie auch die Initianten einräumen. Faktisch käme es zu einer riesigen Umverteilung: Einzelpersonenhaushalte hätten unter dem Strich weniger und Mehrpersonenhaushalte, in denen nicht alle berufstätig sind, hätten mehr Einkommen als heute – noch immer angenommen, dass es sich volkswirtschaftlich um ein Nullsummenspiel handelt, wie dies die Initianten sehen. Der alleinstehende Arbeiter müsste das Grundeinkommen der zu Hause bleibenden Ehefrau seines Kollegen mitfinanzieren. Ungleiches Einkommen für gleiche Arbeit.

Den potenziellen Gewinnern und Verlierern ist jedoch gemeinsam, dass sie einen grossen Teil ihrer Einkünfte direkt vom Staat und nicht mehr vom Arbeitgeber erhalten würden. Wie wirkt sich das auf die Arbeitsmoral aus? Angenommen ein Arbeitgeber senkt den Lohn gleichermassen wie die Arbeitsleistung reduziert wird, so hat heute jemand, der 10 Prozent weniger arbeitet, entsprechend auch 10 Prozent weniger im Portemonnaie. Wer allerdings im System Grundeinkommen weniger arbeitet, verliert die Prozente nur noch auf dem erarbeiteten Teil seines Einkommens. Seine finanzielle Einbusse wäre also prozentual geringer als seine Arbeitsreduktion. Es würde sich folglich lohnen, die Arbeit bis an die persönliche Schmerzgrenze zu reduzieren. Vor allem Paare geraten dann in Versuchung, weitgehend auf Arbeit zu verzichten. Eine vierköpfige Familie beispielsweise erhielte mit dem Grundeinkommen 6250 Franken pro Monat vom Staat geschenkt. Wenn man dann noch in der Nähe von Konstanz wohnt, lässt sich damit durchaus leben. Das Nullsummenspiel der Initianten geht nicht auf. Damit wenigstens noch ein gewisser Arbeitsanreiz bestünde, müssten die Löhne wieder erhöht werden, obwohl dadurch die inhärenten Fehlanreize des Systems auch nicht aus der Welt geschafft würden. Auch die gleich teuer bleibenden Importe werden in der Rechnung der Initianten sträflich vernachlässigt. Im

Endeffekt ist ein starker Preisanstieg unausweichlich, und das alles bei sinkender Wertschöpfung.

Geht uns tatsächlich die Arbeit aus?

Die Auswirkungen auf den Wohlstand wären verheerend, und es zeugt von Dekadenz und Ignoranz, diesen einfach als gegebene Grösse zu betrachten. Der immer gleich gross bleibende Kuchen, dessen Stücke man beliebig anders verteilen kann, er ist und bleibt ein Ammenmärchen. Mit jeder staatlichen Intervention wird der Kuchen kleiner. Die Initianten haben von diesem wirtschaftlichen Zusammenhang offenbar auch mal gehört und stellen in ihrem Film zur Initiative präventiv die Frage, ob denn die messbare Wertschöpfung der Volkswirtschaft allenfalls abnehmen würde. Das animierte Kuchendiagramm, welches das Bruttoinlandprodukt repräsentieren soll, wird daraufhin etwas kleiner, und die Stimme aus dem Off kommentiert: «Vielleicht.» Doch dann wird von einer wunderbaren «Dynamik» geredet, die durch das Grundeinkommen entstehen würde, und schon wächst der Kuchen im Film wieder auf seine ursprüngliche Grösse an.

Erinnerungen ans vorletzte Jahrhundert werden wach: Damals hiess es, es sei schon alles erfunden.

Ein weiterer Eckpfeiler des Films ist die These, dass die Maschinen immer mehr Arbeiten übernehmen und der Mensch sich deshalb zurücklehnen kann. Es sei an der Zeit, Einkommen und Arbeit zu entkoppeln, da uns die Arbeit wegen der technischen Innovationen sowieso langsam ausgehe. Das erinnert ein wenig an die angeblich vom Leiter des US-Patentamtes im Jahr 1899 getätigte Aussage, dass man das Patentamt eigentlich schliessen könne, mit neuen Erfindungen sei nicht mehr zu rechnen, es sei schon alles erfunden. Dem ist entgegenzuhalten, dass wir wahrscheinlich auch zukünftig sowohl mit neuen Erfindungen als auch mit neuen Möglichkeiten für menschliche Arbeit rechnen dürfen.

Robert Nef, der Doyen des Schweizer Liberalismus, meint dazu: «Dienstleistungen können immer noch raffinierter und bedarfsgerechter und damit personalintensiver produziert werden. Das Streben nach Wahrheit, Schönheit, Gesundheit und Wohlbefinden, Bildung und Unterhaltung hat keine definierbare Obergrenze.» Innovationen machen das Leben angenehmer, doch gibt es keinen Grund, sich deswegen auf die faule Haut zu legen. Denn es ist davon auszugehen, dass der Fabrikbesitzer und der Bauer, denen die Maschinen letztendlich gehören, ihre Erzeugnisse nicht einfach für Gotteslohn bereitstellen wollen. Sie investieren und produzieren nur,

wenn die Käufer im Gegenzug einen anderen realen Wert zum Tausch anbieten können.

Kommen wir zur philosophischen Frage: Soll es eine Art Menschenrecht geben, «bedingungslos» auf Kosten anderer leben zu dürfen? Fakt ist, alles, was umverteilt wird, muss zuerst von jemandem erarbeitet werden, der Güter oder Dienstleistungen von Wert herstellt. Für die Umverteilung müssen den arbeitenden Personen die Früchte ihrer Arbeit unter Zwang weggenommen werden, ob dies nun über Einkommenssteuern oder Mehrwertsteuern geschieht. Schon das heutige Sozialmodell beruht auf staatlicher Zwangssolidarität und ist praktisch nicht mehr finanzierbar. Doch immerhin dürfen die Zahlenden, die in der Schweiz noch die Mehrheit bilden, gewisse Bedingungen an die Empfänger stellen. Arbeitslose müssen sich beispielsweise aktiv um eine Arbeit bemühen, wenn sie keine Leistungskürzungen wollen. Es ist richtig, Bedingungen zu stellen. Die Redewendung «Wer zahlt, befiehlt» mag zunächst herzlos klingen, verkörpert aber das urliberale Prinzip von Leistung und Gegenleistung. Das Gegenteil davon, «Zahlen, aber nichts zu sagen haben», ist schlicht nur noch Raub in vollendeter Form.

Voraussichtlich wird die im Ernstfall zur Vernunft tendierende Schweizer Bevölkerung dem Ansinnen eine Absage erteilen. Doch scheint es wesentlich, angesichts der Flut von freiheitsfeindlichen Initiativen, sich zu vergegenwärtigen, dass Wohlstand nicht durch Umverteilung, sondern durch Produktion unter freiheitlichen Bedingungen entsteht. Ihn für selbstverständlich zu erachten und die «Republik Schlaraffenland» auszurufen, käme einem wirtschaftlichen Selbstmord gleich. Immerhin begleitet durch schöne letzte Worte. ○

SCHWEIZERISCHE
Gewerbezeitung
DIE ZEITUNG FÜR KMU

Morgen Freitag in der KMU-Presse:

- **1:12-Initiative**
Jede einzelne Stimme zählt
- **Raumplanung**
(K)Ein allzu enges Korsett
- **Energiestrategie 2050**
Noch fehlt der «KMU finish»

www.gewerbezeitung.ch